



Mitteilung an die Medien

Mittwoch, 26. September 2018

Katastrophale Unterrichtsversorgung, Beschlüsse keineswegs umgesetzt

Am 26. September haben sich Vertreter*innen des Bündnisses (Thekla Mayerhofer-Grundschulverband, Eva Gerth-GEW, Matthias Rose und Thomas Jaeger-Landeselternrat und Lukas Doleschal-Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) hinter der Volksinitiative „Den Mangel beenden - unseren Kindern Zukunft geben!“ erneut mit Ministerpräsident Haseloff getroffen. Am Gespräch nahmen auch Bildungsminister Tullner und die Staatssekretärin Feußner teil.

Die Vertreter*innen des Bündnisses äußerten ihre Enttäuschung darüber, dass in Bildungsministerium und Landesschulamt kaum neue Instrumente gefunden und eingesetzt wurden, um die ausgeschriebenen Lehrer*innenstellen zu besetzen und damit Unterrichtsausfälle zu verhindern. Sie fordern die Landesregierung und den Landtag entschieden auf, den Beschluss zur Volksinitiative vom Januar 2018 endlich vollständig umzusetzen.

Insbesondere gab es dramatisch zu wenig Werbung für den Schuldienst in Sachsen-Anhalt, keine Willkommenskultur für Bewerber*innen und kaum Perspektiven für die Seiteneinsteiger*innen. Es werden keine echten Weiterbildungsprogramme vorgehalten und damit keinerlei Entwicklungsperspektiven aufgebaut.

Es gibt noch keine Regelung, um freiwillige Überstunden der Lehrkräfte angemessen zu bezahlen bzw. um Arbeitszeitkonten einzurichten. Auch damit könnte dem Unterrichtsausfall entgegengewirkt werden. Ebenso wenig erhalten derzeit alle im Land ausgebildeten Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst ein Angebot. Besonders gravierend ist die derzeitige völlige Intransparenz seitens des Bildungsministeriums bezüglich der tatsächlichen Unterrichtsversorgung und der Ausfallstunden.

„In den letzten sieben Monaten und vier Tagen, die seit unserem ersten Gespräch vergangen sind, hat sich die Situation kontinuierlich verschlechtert“, sagt die Sprecherin des Bündnisses Thekla Mayerhofer.

Das Bündnis fordert u.a.:

- Mehr Werbung für ausgeschriebene Stellen, ständige Ausschreibungen und schnelle Einstellungen zu Stichtagen, Einstellungszusagen für alle Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, die in Sachsen-Anhalt ausgebildet werden

- Perspektiven für Seiteneinsteiger*innen: Sie müssen sehen, dass sie fair behandelt werden, dazu gehört auch die entsprechende Fort- und Weiterbildung und Perspektiven auf gleiche Vergütung
- Angemessene Bezahlung von Überstunden bzw. freiwillige Arbeitszeitkonten
- Angebote für Lehrkräfte, nach dem Rentenalter weiterhin an einer vereinbarten Schule zu unterrichten
- Ersatz Einstellungen für Langzeiterkrankte und Elternzeiten
- Kein NC im Lehramtsstudium, Ausstattung der Hochschulen sichern, weiterer Ausbau der Lehramtsausbildung an beiden Universitäten
- Verantwortungsvolle Qualitätssicherung des Unterrichts
- Entlastung der Schulen durch Einstellung von Verwaltungspersonal, wie die zusätzliche Einstellung verschiedener Professionen, um der zunehmend heterogenen Schülerschaft gerecht zu werden (Pädagogische Mitarbeiter*innen, Schulpsychologen, Sprachlehrkräfte)
- Bessere Vergütung (A13/E13 auch für Grundschulen)

Eva Gerth, Sprecherin des Bündnisses, mahnt an: „Nur durch konsequente Verfolgung der genannten Maßnahmen lässt sich ein Kollaps des Schulsystems verhindern!“ Beim Bündnis häufen sich die Meldungen der Schulen über Unterrichtsausfall, die u.a. auf der Website www.volksinitiative-denmangelbeenden.de nachzulesen sind.

Die geplanten nächsten Aktionen werden vom Bündnis zeitnah bekanntgegeben.